



Teil 1

Allgemeines

Inhaltsverzeichnis

A. Gründung des Österreich-Konvents.....	4
B. Gründungskomitee des Österreich-Konvents.....	8
C. Präsidium des Österreich-Konvents.....	10
D. Bundesgesetz betreffend die finanzielle und administrative Unterstützung des Österreich-Konvents	13
E. Österreich-Konvent	14
I. Zusammensetzung des Konvents.....	14
II. Sitzungen des Konvents.....	18
F. Ausschüsse des Konvents	20
I. Ausschuss 1 (Staatsaufgaben und Staatsziele).....	20
II. Ausschuss 2 (Legistische Strukturfragen).....	21
III. Ausschuss 3 (Staatliche Institutionen)	23
IV. Ausschuss 4 (Grundrechtskatalog).....	24
V. Ausschuss 5 (Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden)	25
VI. Ausschuss 6 (Reform der Verwaltung).....	26
VII. Ausschuss 7 (Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen).....	28
VIII. Ausschuss 8 (Demokratische Kontrollen).....	29
IX. Ausschuss 9 (Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit)	30
X. Ausschuss 10 (Finanzverfassung)	31
XI. Gemeinsame Beratungsgruppe der Ausschüsse 6 und 7.....	33
G. Expertengruppe des Präsidiums.....	34
I. Mitglieder.....	34
II. Sitzungen	34

III. Bericht	34
H. Hearings	35
J. Positionspapiere.....	40
K. Büro des Österreich-Konvents.....	46
I. Geschäftsführung	46
II. Ausschussbetreuung	46
III. Öffentlichkeitsarbeit.....	46
IV. Sekretariat	47
V. EDV-Betreuung.....	47
VI. Website des Österreich-Konvents.....	47

A. Gründung des Österreich-Konvents

Am 2. Mai 2003 konstituierte sich das Gründungskomitee des Österreich-Konvents und fasste folgenden Beschluss, mit dem die Einsetzung des Österreich-Konvents erfolgte und die Grundsätze für dessen Arbeit wie folgt vorgegeben wurden:

„I. Aufgaben des Österreich-Konvents

Der Konvent zur Staatsreform hat die Aufgabe, Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform auszuarbeiten, die auch Voraussetzungen für eine effizientere Verwaltung schaffen soll.

Die künftige Verfassung soll eine zukunftsorientierte, kostengünstige, transparente und bürgernahe Erfüllung der Staatsaufgaben ermöglichen.

Dabei sollen insbesondere folgende Bereiche beraten werden:

- eine umfassende Analyse der Staatsaufgaben
- die Kompetenzverteilung mit dem Ziel, einen klaren, nach Aufgabenbereichen gegliederten Kompetenzkatalog zu schaffen
- das Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Vollziehung unter dem Gesichtspunkt des Legalitätsprinzips
- die Struktur der staatlichen Institutionen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des effizienten Mitteleinsatzes, der Bürgernähe sowie der Entwicklungen des E-Government
- die Grundzüge der Finanzverfassung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung und eines bedarfsgerechten Finanzausgleiches
- die Einrichtung einer effizienten Kontrolle auf Bundes- und Landesebene und die Gestaltung des Rechtsschutzes unter dem Gesichtspunkt rascher und bürgernahe Entscheidungen

Der Konvent soll zuletzt auch Textvorschläge für einen straffen Verfassungstext ausarbeiten.

Ziel des Konvents ist es somit einen neuen Verfassungstext zu schaffen, der in knapper, aber umfassender Form sämtliche Verfassungsbestimmungen enthält. Die Baugesetze der österreichischen Bundesverfassung (also das demokratische Prinzip, das bundesstaatliche Prinzip, das rechtsstaatliche Prinzip und die republikanische Staatsform) bleiben aufrecht.

II. Das Gründungskomitee des Österreich-Konvents

Für die Gründung des Konvents tritt ein Gründungskomitee zusammen, das aus folgenden Personen besteht:

- dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler
- den drei Präsidenten des Nationalrates
- dem Präsidenten des Bundesrates
- den Vorsitzenden der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien (soferne sie dem Gründungskomitee nicht schon in anderer Funktion angehören)
- dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz
- dem Vorsitzenden der Konferenz der Landtagspräsidenten
- dem Präsidenten des Städtebundes
- dem Präsidenten des Gemeindebundes

(Demnach 12 Personen)

Den Vorsitz im Gründungskomitee führt der Bundeskanzler, der auch zur konstituierenden Sitzung einlädt.

III. Das Präsidium des Österreich-Konvents

Das Gründungskomitee bestellt einvernehmlich das Konventspräsidium; dieses besteht aus:

- dem Vorsitzenden (Präsidenten) des Konvents
- den zwei stellvertretenden Vorsitzenden (Vizepräsidenten) des Konvents
- vier weiteren Mitgliedern

Das Gründungskomitee erstellt weiters eine Liste von 12 bis 18 Persönlichkeiten aus dem Bereich von Rechts- und Verwaltungswissenschaften, von Organisationsfachleuten, Verwaltungspraktikern, Vertretern der Bürger-/Zivilgesellschaft und anderen Persönlichkeiten, deren Mitarbeit im Konvent als wesentlich für die Erreichung der Ziele erachtet wird (Expertenpool).

Aus dem Kreis dieser Persönlichkeiten wird ein Teil der Mitglieder des Konvents nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen ausgewählt (siehe IV. Ziffer 10).

IV. Die Zusammensetzung des Österreich-Konvents

Im Einzelnen besteht der Konvent aus folgenden Personen:

1. den Mitgliedern des Konvents-Präsidiums (siehe III.)
2. fünf Mitgliedern der Bundesregierung

3. den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes und des Verwaltungsgerichtshofes und des OGH
4. dem Präsidenten des Rechnungshofes (wenn er nicht ohnedies dem Präsidium angehört)
5. einem Vertreter der Volksanwaltschaft, der vom Kollegialorgan der Volksanwaltschaft entsendet wird
6. 18 Vertretern der Bundesländer (Nominierung von je neun Vertretern durch die Landeshauptleute und Landtagspräsidenten. Falls ein Vertreter eines Landeshauptmannes oder Landtagspräsidenten dem Präsidium angehört, so wird dies auf diese Zahl der Landesvertreter angerechnet)
7. je zwei Vertretern des Städtebundes und des Gemeindebundes
8. je einem Vertreter der vier Sozialpartner, der VÖI, der Kammer der Freien Berufe
9. 18 fachlich qualifizierten Persönlichkeiten, die von den im Nationalrat und Bundesrat vertretenen politischen Parteien im Verhältnis von 6 VP : 6 SP : 3 FP : 3 Grüne vorgeschlagen werden und deren Erfahrungen sowohl aus dem Bereich der Legislative (National- und Bundesrat, Europäisches Parlament) als auch der Exekutive, der Bundesebene, der Landesebene oder der Gemeindeebene, der Wissenschaft oder der Praxis stammen können
10. neun Virilisten aus dem Kreis des Expertenpools mit dem Ziel, für eine fachlich und sachlich ausgewogene Zusammensetzung des Konvents zu sorgen.

Die dem Konvent angehörenden Mitglieder der Bundesregierung (Ziffer 2), der Landeshauptleute (Ziffer 6) und die Sozialpartner (Ziffer 8) können sich im Konvent im Falle ihrer Verhinderung ad hoc durch ein Ersatzmitglied vertreten lassen.

V. Arbeitsweise des Österreich-Konvents

Der Konvent hat seinen Sitz in Wien im Parlament. Seine Kosten werden aus dem Budget des Parlaments gedeckt; wofür in den Budgets 2003 und 2004 besondere Vorkehrungen zu treffen sind.

Der Konvent gibt sich auf Vorschlag des Präsidiums eine Geschäftsordnung, in der auch die Arbeitsweise geregelt wird.

In dieser Geschäftsordnung ist vorzusehen, dass der Konvent einzelne Teile seiner Aufgaben auch in Konventausschüssen erledigen kann oder zu bestimmten Themen seiner Beratungen Experten beiziehen oder bestimmte Aufträge an Experten erteilen kann, wenn dies über Vorschlag des Präsidiums vom Konvent mit 2/3-Mehrheit beschlossen wird.

Weiters ist in der Geschäftsordnung festzulegen, dass die Plenarberatungen des Konvents öffentlich sind und welche Konventsdokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.

Im Konvent werden – ausgenommen in Verfahrensfragen und bei der Beschlussfassung über die Geschäftsordnung – keine Mehrheitsabstimmungen durchgeführt.

Es ist Aufgabe des Vorsitzenden, die zu einer Themenstellung geäußerten maßgeblichen Meinungen der Mitglieder des Konvents nach Beratung im Präsidium zusammenzufassen.

Die Geschäfte des Konvents werden von einem im Parlament eingerichteten Büro geführt, das unter der Leitung des Präsidenten des Konvents steht. Dem Büro sind die erforderlichen Mitarbeiter

(auch von anderen Dienststellen des Bundes, insbesondere dem Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt und den juristischen Fakultäten) zur Verfügung zu stellen.

Der Konvent hat seine Arbeit innerhalb von 18 Monaten nach seiner Konstituierung mit einem Bericht abzuschließen, dem nach Möglichkeit auch Textvorschläge beigelegt werden sollen. Dieser Bericht ist dem Bundespräsidenten, der Bundesregierung, dem Nationalrat, dem Bundesrat, den Landeshauptleuten und den Landtagen zu übermitteln und zu veröffentlichen.

Eine Verlängerung der Frist für die Tätigkeit des Konvents bedarf einer Befassung und Beschlussfassung im Gründungskomitee des Konvents.“

Das Gründungskomitee hat nach Befassung aller Mitglieder des Gründungskomitees sein Einverständnis zur Verlängerung der dem Konvent gesetzten Frist um einen Monat, bis Ende Jänner 2005, erteilt.

Abkürzungen, die im Beschluss des Gründungskomitees verwendet werden:

FP	FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs
G	Die Grünen
OGH	Oberster Gerichtshof
SP	SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs
VÖI	Vereinigung österreichischer Industrieller; Industriellenvereinigung
VP	ÖVP – Österreichische Volkspartei
Die vier Sozialpartner sind: Wirtschaftskammer Österreich, Bundesarbeitskammer, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Landwirtschaftskammertag	

B. Gründungskomitee des Österreich-Konvents

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Einsetzung des Österreich-Konvents setzte sich das Gründungskomitee aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- dem Bundeskanzler, Dr. Wolfgang Schüssel (auch in seiner Funktion als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei – ÖVP),
- dem Vizekanzler, Mag. Herbert Haupt (auch in seiner Funktion als Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs – FPÖ),
- dem Präsidenten des Nationalrates, Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol,
- dem Zweiten Präsidenten des Nationalrates, Univ.-Prof. Dr. Heinz Fischer,
- dem Dritten Präsidenten des Nationalrates, Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn,
- dem Präsidenten des Bundesrates, Prof. Herwig Hösele,
- als Vertreter der Landeshauptleutekonferenz, Landeshauptmann DDr. Herwig van Staa,
- als Vertreterin der Konferenz der Landtagspräsidenten, Erste Landtagspräsidentin des Oberösterreichischen Landtages Angela Orthner,
- dem Präsidenten des Städtebundes, Bürgermeister Dr. Michael Häupl,
- dem Präsidenten des Gemeindebundes, Bürgermeister Helmut Mödlhammer,
- dem Parteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs – SPÖ, Dr. Alfred Gusenbauer,
- dem Bundessprecher der Grünen, Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen.

In seiner konstituierenden Sitzung am 2. Mai 2003 bestimmte das Gründungskomitee den Vorsitzenden des Konvents (Dr. Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes), die sechs weiteren Mitglieder des Präsidiums und die Zusammensetzung des Konvents. Darüber hinaus wurde definiert, welche Aufgaben der Konvent zu erledigen hat. Bei einer weiteren Sitzung des Gründungskomitees am 3. Juni 2003 wurden die 18 Mitglieder des Expertenpools bestimmt, aus deren Mitte am 16. Juni 2003 vom Präsidium die neun Virilistinnen und Virilisten des Österreich-Konvents ausgewählt wurden.

Außerdem bestätigte das Gründungskomitee in zwei Umlaufbeschlüssen die Änderungen im Präsidium des Österreich-Konvents, die der Wahl des Stellvertretenden Präsidenten des Konvents, Dr. Heinz Fischer, zum Bundespräsidenten und dem Rücktritt des Bundesministers für Justiz, Dr. Dieter Böhmendorfer, folgten.

Die Mitgliedschaft im Gründungskomitee ist an die Ausübung der genannten Funktionen gebunden. Zum Ende des Österreich-Konvents im Jänner 2005 setzt sich das Gründungskomitee daher aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- dem Bundeskanzler, Dr. Wolfgang Schüssel (auch in seiner Funktion als Bundesparteiobmann der ÖVP),
- dem Vizekanzler, Hubert Gorbach,
- dem Präsidenten des Nationalrates, Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol,
- der Zweiten Präsidentin des Nationalrates, Mag. Barbara Prammer,
- dem Dritten Präsidenten des Nationalrates, Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn,
- dem Präsidenten des Bundesrates, Mag. Georg Pehm,
- dem Vorsitzenden der Konferenz der Landtagspräsidenten, Landtagspräsident des Burgenländischen Landtages, Walter Prior,
- dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, Landeshauptmann Hans Niessl,
- dem Präsidenten des Städtebundes, Bürgermeister Dr. Michael Häupl,
- dem Präsidenten des Gemeindebundes, Bürgermeister Helmut Mödlhammer,
- dem Parteivorsitzenden der SPÖ, Dr. Alfred Gusenbauer,
- der Bundesparteiobfrau der FPÖ, Ursula Haubner,
- dem Bundessprecher der Grünen, Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen.

C. Präsidium des Österreich-Konvents

Das vom Gründungskomitee eingesetzte Präsidium des Österreich-Konvents trat am 23. Mai 2003 zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammen. Es bestand aus

- dem Präsidenten des Rechnungshofes, Dr. Franz Fiedler (Präsident des Österreich-Konvents),
- dem Zweiten Präsidenten des Nationalrates, Univ.-Prof. Dr. Heinz Fischer (Stellvertretender Präsident),
- der Ersten Präsidentin des Oberösterreichischen Landtages, Angela Orthner (Stellvertretende Präsidentin),
- dem Präsidenten des Nationalrates, Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol,
- dem Bundesminister für Justiz, Dr. Dieter Böhmdorfer,
- der Abgeordneten zum Nationalrat, Dr. Eva Glawischnig,
- dem Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, Dr. Claudia Kahr.

Für den am 10. Mai 2004 ausgeschiedenen Bundespräsidenten, Dr. Heinz Fischer, trat mit Wirksamkeit vom 21. Mai 2004 Volksanwalt Dr. Peter Kostelka die Nachfolge als Mitglied des Präsidiums und Stellvertretender Präsident des Österreich-Konvents an.

Weiters schied Dr. Dieter Böhmdorfer im Zusammenhang mit der Zurücklegung seiner Funktion als Bundesminister für Justiz am 21. Juli 2004 aus dem Präsidium aus und wurde ab 22. Juli 2004 durch den Klubobmann der FPÖ, Herbert Scheibner, ersetzt.

Das Präsidium des Österreich-Konvents trat insgesamt zu 44 Sitzungen zusammen. Davon waren am 22./23. November 2004 zwei Klausursitzungen.

Die Sitzungstermine des Präsidiums waren folgende:

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> – Konstituierung – 23. Mai 2003 – 2. Sitzung – 16. Juni 2003 – 3. Sitzung – 23. Juni 2003 – 4. Sitzung – 25. Juni 2003 – 5. Sitzung – 8. Juli 2003 – 6. Sitzung – 15. Juli 2003 – 7. Sitzung – 27. August 2003 – 8. Sitzung – 11. September 2003 – 9. Sitzung – 17. Oktober 2003 – 10. Sitzung – 3. November 2003 – 11. Sitzung – 11. November 2003 – 12. Sitzung – 2. Dezember 2003 – 13. Sitzung – 18. Dezember 2003 – 14. Sitzung – 20. Jänner 2004 – 15. Sitzung – 9. Februar 2004 – 16. Sitzung – 23. Februar 2004 – 17. Sitzung – 10. März 2004 – 18. Sitzung – 26. März 2004 – 19. Sitzung – 16. April 2004 – 20. Sitzung – 29. April 2004 – 21. Sitzung – 25. Mai 2004 – 22. Sitzung – 28. Mai 2004 | <ul style="list-style-type: none"> – 23. Sitzung – 3. Juni 2004 – 24. Sitzung – 9. Juni 2004 – 25. Sitzung – 28. Juni 2004 – 26. Sitzung – 13. Juli 2004 – 27. Sitzung – 14. Juli 2004 – 28. Sitzung – 24. August 2004 – 29. Sitzung – 1. September 2004 – 30. Sitzung – 23. September 2004 – 31. Sitzung – 4. Oktober 2004 – 32. Sitzung – 27. Oktober 2004 – 33. Sitzung – 4. November 2004 – 34. Sitzung – 8. November 2004 – 35. Sitzung – 15. November 2004 – 36. Sitzung – 22. November 2004 – 37. Sitzung – 23. November 2004 – 38. Sitzung – 29. November 2004 – 39. Sitzung – 6. Dezember 2004 – 40. Sitzung – 7. Dezember 2004 – 41. Sitzung – 13. Dezember 2004 – 42. Sitzung – 21. Dezember 2004 – 43. Sitzung – 12. Jänner 2005 – 44. Sitzung – 20. Jänner 2005 |
|--|--|

In der Sitzung am 8. Juli 2003 einigte sich das Präsidium auf den endgültigen Vorschlag für die Geschäftsordnung des Österreich-Konvents und legte ihn in der Folge dem Konvent zur Beschlussfassung vor. Der Österreich-Konvent nahm seine Geschäftsordnung am 25. Juli 2003 einstimmig an.

Im Folgenden beschäftigte sich das Präsidium intensiv mit der Einrichtung der Ausschüsse: Entscheidung über deren Zusammensetzung und Vorsitzende sowie Arbeit an den Arbeitsaufträgen für die Ausschüsse (=Mandate).

Nach Vorliegen der Ausschussberichte nahm das Präsidium grundsätzlich jeden Bericht getrennt in Verhandlung – zunächst in Form einer Aussprache mit dem/der Ausschussvorsitzenden und danach noch einmal in einer so genannten Intensivberatung. Ergebnis dieser Beratungen war die Erstellung von Ergänzungsmandaten, mit denen die Ausschüsse um weitere Ausarbeitungen und vor allem Textentwürfe gebeten wurden.

In der Klausur am 22./23. November 2004 wurden die für die einzelnen Präsidiumsmitglieder wichtigsten Punkte (zu denen auch schon Ausschussergebnisse vorlagen) schwerpunktmäßig beraten.

In den folgenden Sitzungen wurde an diesen Themen weitergearbeitet und die Art der Berichtslegung durch den Konvent debattiert. Am 20. Jänner 2005 behandelte das Präsidium den gegenständlichen Bericht.

Durch das Präsidium wurde ein so genanntes Vorbereitungskomitee eingesetzt, um die Sitzungen des Präsidiums vorzubereiten und gegebenenfalls Abklärungen herbeizuführen. Die Mitglieder des Vorbereitungskomitees waren:

Mag. Jochen Danninger (für Dr. Andreas Khol und Angela Orthner)

Dr. Ronald Faber LL.M. (für Dr. Heinz Fischer bzw. Dr. Peter Kostelka)

Dr. Marlies Meyer (für Dr. Eva Glawischnig)

Mag. Michael Schön (für Dr. Dieter Böhmendorfer) bzw. Mag. Katharina Peschko-Gruber
(für Herbert Scheibner)

In einzelnen Angelegenheiten wurden weitere Personen beigezogen.

Die Mitglieder wurden in ihrer Arbeit von den Ausschussbetreuerinnen und Ausschussbetreuern im Büro des Österreich-Konvents unterstützt.

Im Juli 2004 kam das Präsidium auch überein, dass die Beobachterin für das Präsidiumsmitglied Dr. Eva Glawischnig in all jenen Ausschüssen, in denen die Grünen nicht durch ein Mitglied vertreten waren, das Rederecht erhält. Dies wurde in weiterer Folge in den Ausschüssen 2, 6, 7 und in der Gemeinsamen Beratungsgruppe der Ausschüsse 6 und 7 von Dr. Marlies Meyer (in einer Sitzung des Ausschusses 2 von Univ.-Ass. Dr. Iris Eisenberger) wahrgenommen.

D. Bundesgesetz betreffend die finanzielle und administrative Unterstützung des Österreich-Konvents

Am 18. Juni 2003 beschloss der Nationalrat das Bundesgesetz betreffend die finanzielle und administrative Unterstützung des Österreich-Konvents, das am 11. Juli 2003 als BGBl I Nr. 39/2003 kundgemacht wurde und folgenden Inhalt aufweist:

„§ 1.(1) Zur Unterstützung der Arbeiten des Österreich-Konvents wird bei der Parlamentsdirektion ein Büro eingerichtet, das unter der Leitung des Präsidenten des Konvents steht.

(2) Der Präsident des Nationalrates wird ermächtigt, für die Zurverfügungstellung von Büroräumlichkeiten und Tagungsräumen sowie für die erforderliche Infrastruktur für die Arbeiten des Konvents zu sorgen.

§ 2. Für die Kosten der Arbeit des Konvents sind im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2003 und im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2004 die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

§ 3. Mit der Vollziehung des § 2 ist der Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der Präsident des Nationalrates betraut.“

E. Österreich-Konvent

I. Zusammensetzung des Konvents

Zum Zeitpunkt seiner Konstituierung am 30. Juni 2003 setzte sich der Österreich-Konvent aus folgenden 70 Mitgliedern zusammen:

1. den sieben Mitgliedern des Präsidiums
 - Dr. Franz Fiedler, Präsident des Rechnungshofes, Präsident des Österreich-Konvents,
 - Univ.-Prof. Dr. Heinz Fischer, Zweiter Präsident des Nationalrates, Stellvertretender Präsident des Österreich-Konvents,
 - Angela Orthner, Erste Präsidentin des Oberösterreichischen Landtages, Stellvertretende Präsidentin des Österreich-Konvents,
 - Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol, Präsident des Nationalrates,
 - Dr. Dieter Böhmdorfer, Bundesminister für Justiz,
 - Dr. Eva Glawischnig, Abgeordnete zum Nationalrat,
 - Dr. Claudia Kahr, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes.
2. den von der Bundesregierung entsandten Mitgliedern
 - Elisabeth Gehrler, Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur,
 - Mag. Herbert Haupt, Vizekanzler und Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen,
 - Dipl.-Ing. Josef Pröll, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,
 - Dr. Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler,
 - Dr. Ernst Strasser, Bundesminister für Inneres.
3. den Präsidenten der Höchstgerichte
 - Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes,
 - Univ.-Prof. Dr. Karl Korinek, Präsident des Verfassungsgerichtshofes,
 - Dr. Johann Rzeszut, Präsident des Obersten Gerichtshofes.
4. als Vertreter der Volksanwaltschaft
 - Dr. Peter Kostelka, Volksanwalt

5. dem Präsidenten des Rechnungshofes
 - Dr. Franz Fiedler (in Personalunion Präsident des Österreich-Konvents)

6. den Vertretern der Landesregierungen
 - Burgenland Hans Niessl, Landeshauptmann
 - Kärnten Dr. Jörg Haider, Landeshauptmann
 - Niederösterreich Dipl.-Ing. Dr. Erwin Pröll, Landeshauptmann
 - Oberösterreich Dr. Josef Pühringer, Landeshauptmann
 - Salzburg Dr. Franz Schausberger, Landeshauptmann
 - Steiermark Waltraud Klasnic, Landeshauptmann
 - Tirol DDr. Herwig van Staa, Landeshauptmann
 - Vorarlberg Dr. Herbert Sausgruber, Landeshauptmann
 - Wien Dr. Renate Brauner, Amtsführende Stadträtin

7. den Vertretern der Landtage
 - Burgenland Walter Prior, Landtagspräsident
 - Kärnten Dr. Klaus Wutte, Klubobmann der ÖVP
 - Niederösterreich DDr. Karl Lengheimer, Landtagsdirektor
 - Oberösterreich Angela Orthner, Erste Landtagspräsidentin (in Personalunion Stellvertretende Präsidentin des Österreich-Konvents)
 - Salzburg Ing. Georg Griessner, Landtagspräsident
 - Steiermark Ass.-Prof. Dr. Klaus Poier
 - Tirol Prof. Ing. Helmut Mader, Landtagspräsident
 - Vorarlberg Manfred Dörler, Landtagspräsident
 - Wien Johann Hatzl, Erster Landtagspräsident

8. den Vertretern des Städtebundes
 - Dr. Michael Häupl, Bürgermeister/Präsident des Städtebundes
 - Mag. Siegfried Nagl, Bürgermeister

9. den Vertretern des Gemeindebundes
 - Helmut Mödlhammer, Bürgermeister/Präsident des Österreichischen Gemeindebundes
 - Bernd Vögerle, Bürgermeister/Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes

10. den Vertretern der Sozialpartner

- Dkfm. Lorenz Fritz, Industriellenvereinigung
- Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
- Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer, Bundeskomitee Freie Berufe Österreichs
- Ök.Rat Rudolf Schwarzböck, Präsident des Landwirtschaftskammertages
- Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer
- Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

11. weiteren 18 Mitgliedern

a) sechs nominiert von der ÖVP

- Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Abgeordnete zum Nationalrat
- Prof. Christine Gleixner, Oberin
- Univ.-Prof. DDr. Christoph Grabenwarter,
- Prof. Herwig Hösele, Präsident des Bundesrates a.D.
- Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Mag. Werner Wutscher, Generalsekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

b) sechs nominiert von der SPÖ

- Prof. Albrecht Konecny, Bundesrat
- Dr. Maria Berger, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Parlamentsrat Dr. Johannes Schnizer
- Dr. Leo Specht, Rechtsanwalt
- Dr. Manfred Matzka, Sektionschef
- Dr. Peter Wittmann, Abgeordneter zum Nationalrat

c) drei nominiert von der FPÖ

- Univ.-Prof. Dr. Peter Böhm, Bundesrat
- Herbert Scheibner, Klubobmann
- Mag. Günther Steinkellner, Landesrat

- d) drei nominiert von den Grünen
 - Dr. Evelin Lichtenberger, Abgeordnete zum Nationalrat
 - MMag. Dr. Madeleine Petrovic, Landtagsabgeordnete in
Niederösterreich/Klubobfrau der Grünen
 - Mag. Terezija Stoitsits, Abgeordnete zum Nationalrat

12. neun Virilistinnen und Virilisten

- Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger, Landtagsdirektor
- Univ.-Prof. Dr. Bernd-Christian Funk
- Univ.-Prof. Dr. Herbert Haller, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes
- Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes
- Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer
- Dr. Elfriede Mayrhofer, Bezirkshauptfrau
- Univ.-Prof. Dr. Theo Öhlinger
- Dr. Michaela Pfeifenberger, Polizeivizepräsidentin
- Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin

Nach der Konstituierung gab es folgende personelle Veränderungen im Österreich-Konvent:

- Dr. Günther Voith für Dkfm. Lorenz Fritz (17. Juli 2003)
- Landesstatthalter Dieter Egger für Mag. Günther Steinkellner (4. September 2003)
- Erster Landtagspräsident Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag für Dr. Klaus Wutte (19. April 2004)
- Zweite Präsidentin des Nationalrates Mag. Barbara Prammer für Bundespräsident Dr. Heinz Fischer (10. Mai 2004)
- Landtagspräsident MMag. Michael Neureiter für Ing. Georg Griessner (10. Mai 2004)
- Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller für Dr. Franz Schausberger (10. Mai 2004)
- Präsident des Rechnungshofes Dr. Josef Moser für Dr. Franz Fiedler (in seiner Funktion als Präsident des Rechnungshofes, nicht jedoch in seiner Funktion als Präsident des Österreich-Konvents) (1. Juli 2004)
- Amtsführende Stadträtin Mag. Sonja Wehsely für Dr. Renate Brauner (1. Juli 2004)
- Sektionschef Dr. Johannes Abentung für Mag. Werner Wutscher (21. Juli 2004)
- Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek für Dr. Maria Berger (28. August 2004)
- Bürgermeister Dipl.-Ing. Markus Linhart für Mag. Siegfried Nagl (6. September 2004)
- Univ.-Prof. Dr. Rudolf Thienel für Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack (16. September 2004)
- Landtagspräsident Gebhard Halder für Manfred Dörler † (6. Oktober 2004)

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Konvents konnten sich die Mitglieder der Bundesregierung, die Landeshauptleute, die Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes sowie die Vertreter der Sozialpartner vertreten lassen. Die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter sind den Protokollen und Ausschussberichten zu entnehmen.

II. Sitzungen des Konvents

Der Konvent trat zu insgesamt 17 Sitzungen an folgenden Tagen zu nachstehenden Themen zusammen:

- Konstituierung – 30. Juni 2003
Die Mitglieder des Österreich-Konvents kamen zur konstituierenden Sitzung des Konvents und zur Generaldebatte zusammen.
- 2. Sitzung – 10. Juli 2003
Der Österreich-Konvent setzte die Generaldebatte fort und nahm den Vorschlag des Präsidiums zur Einsetzung von zehn Ausschüssen an.
- 3. Sitzung – 25. Juli 2003
Der Österreich-Konvent nahm die Geschäftsordnung und die Zusammensetzung von neun Ausschüssen einstimmig an. Der Konvent bestellte ferner die Vorsitzenden von neun Ausschüssen und machte Vorschläge für die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden dieser Ausschüsse.
- 4. Sitzung – 20. Oktober 2003
Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Österreich-Konvent über die Konstituierung bzw. über die ersten Beratungen ihrer Ausschüsse.
- 5. Sitzung – 21. November 2003
Der Konvent schloss die Bildung der Ausschüsse ab. Der Konvent hörte Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Jugend, Frauen, Senioren, von gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften, Volksgruppen und Menschenrechtsorganisationen (Hearing).
- 6. Sitzung – 15. Dezember 2003
Anhörung (Hearing) von Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Soziales, Menschen mit Behinderungen, Minderheiten, Umwelt und Sport.
- 7. Sitzung – 26. Jänner 2004
Anhörung (Hearing) von Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Bildung, Kultur, Medien, Familie, Friedensorganisationen (einschließlich Landesverteidigung), Rettungsorganisationen, Verkehrsclubs sowie Bürger-/Zivilgesellschaft.

- 8. Sitzung – 16. Februar 2004
Der Konvent beriet den Teilbericht von Ausschuss 1 nach einem Referat des Ausschussvorsitzenden Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer.
- 9. Sitzung – 5. März 2004
Der Konvent besprach die Berichte der Ausschüsse 3, 7 und 1 nach Referaten der Ausschussvorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, Dr. Manfred Matzka und Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer.
- 10. Sitzung – 29. März 2004
Der Konvent besprach den Bericht von Ausschuss 5 nach einem Referat des Ausschussvorsitzenden Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger.
- 11. Sitzung – 17. Mai 2004
Der Konvent besprach die Berichte der Ausschüsse 6 und 9 nach Referaten der Ausschussvorsitzenden Mag. Werner Wutscher und Univ.-Prof. Dr. Herbert Haller.
- 12. Sitzung – 25. Juni 2004
Der Konvent besprach die Berichte der Ausschüsse 4 und 8 nach Referaten der Ausschussvorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Bernd-Christian Funk und Dr. Peter Kostelka.
- 13. Sitzung – 27. August 2004
Der Konvent besprach die Berichte der Ausschüsse 2 und 10 nach Referaten des Ausschussvorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Karl Korinek und des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Bürgermeister Bernd Vögerle.
- 14. Sitzung – 18. Oktober 2004
Der Konvent diskutierte die Ergebnisse der Ausschussarbeit nach Referaten der Vorsitzenden der Ausschüsse.
- 15. Sitzung – 1. Dezember 2004
Der Konvent diskutierte die Berichte der Ausschüsse 3, 5, 6, 7, 8 und schließlich 9 zu den jeweiligen Ergänzungsmandaten. Außerdem war der Bericht der Gemeinsamen Beratungsgruppe der Ausschüsse 6 und 7 Gegenstand der Verhandlung.
- 16. Sitzung – 10. Dezember 2004
Der Konvent diskutierte die Berichte der Ausschüsse 1, 2, 4 und schließlich 10 zu den jeweiligen Ergänzungsmandaten.
- 17. Sitzung – 28. Jänner 2005
Der Konvent kam zu seiner letzten Sitzung zusammen und diskutierte den vom Präsidium vorgelegten „Bericht des Österreich-Konvents“.

F. Ausschüsse des Konvents

Der Konvent setzte zur Vorberatung bestimmter Themen zehn Ausschüsse ein, legte die Zusammensetzung ihrer Mitglieder fest und erteilte ihnen Mandate bzw. ergänzende Mandate für ihre Arbeit.

Die Langfassungen der Mandate und die Ergänzungsmandate sind im Teil 2 des vorliegenden Berichtes angeführt.

I. Ausschuss 1 (Staatsaufgaben und Staatsziele)

1. Mitglieder

Ausschuss 1 hatte 16 Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer; Univ.-Prof. Dr. Bernhard Raschauer war stellvertretender Vorsitzender.

Dörlner Manfred (bis 15.7.2004)

Halder Gebhard (ab 6.10.2004)

Funk Bernd-Christian, Dr.

Gehrer Elisabeth

Häupl Michael, Dr.

Haupt Herbert, Mag.

Klasnic Waltraud

Lichtenberger Evelin, Dr.

Mayer Heinz, DDr.

Öhlinger Theo, Dr.

Rack Reinhard, Dr. (bis 15.9.2004)

Thienel Rudolf, Dr. (ab 16.9.2004)

Raschauer Bernhard, Dr.

Specht Leo, Dr.

Verzetnitsch Friedrich

Voith Günther, Dr.

Wittmann Peter, Dr.

Wutte Klaus, Dr. (bis 18.4.2004)

Freunschlag Jörg, Dipl.-Ing. (ab 19.4.2004)

2. Mandat

Umfassende Analyse der Staatsaufgaben und der Frage der staatlichen Kernaufgaben; Frage eines umfassenden Kataloges von Staatszielen in der Bundesverfassung.

3. Sitzungen

Ausschuss 1 hielt in der Zeit von 26. September 2003 bis 6. Oktober 2004 insgesamt 15 Sitzungen ab.

4. Experten

Ausschuss 1 zog Ministerialrat Mag. Manfred Lödl als Experten zum Thema „Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht im Verhältnis zum Gemeinschaftsrecht (Art. 13 Abs. 2 B-VG)“ bei. Außerdem wurden General Alfred Schätz und Dr. Karl Satzinger (Bundesheer-Reformkommission) gehört.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 1 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:

- Teilbericht (30. Jänner 2004)
- Bericht (25. Februar 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (22. Oktober 2004)

II. Ausschuss 2 (Legistische Strukturfragen)

1. Mitglieder

Ausschuss 2 hatte elf Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte Univ.-Prof. Dr. Karl Korinek; Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin war stellvertretender Vorsitzender.

Böhm Peter, Dr.

Jabloner Clemens, Dr.

Korinek Karl, Dr.

Kostelka Peter, Dr.

Öhlinger Theo, Dr.

Poier Klaus, Dr.

Pröll Erwin, Dipl.-Ing. Dr. (bis 20.10.2003) Mayrhofer Elfriede, Dr. (ab 20.10.2003)

Sausgruber Herbert, Dr.

Schnizer Johannes, Dr.

Schwarzböck Rudolf

Wiederin Ewald, Dr.

2. Mandat

Juristische Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Inkorporierung von Verfassungsgesetzen und Verfassungsbestimmungen in die neue Bundesverfassung (einschließlich der Vorgangsweise zur Vermeidung der zahlreichen nur in der österreichischen Verfassungspraxis bekannten „Verfassungsbestimmungen“ zur Verfassungsdurchbrechung); anschließend Klärung der Frage des juristischen Schicksals jener Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen, die nicht in die neue Bundesverfassung inkorporiert werden, sowie jener Bestimmungen des geltenden Bundesverfassungsgesetzes (z.B. solcher operationalen Inhalts), die nicht in die neue Bundesverfassung übernommen werden.

3. Sitzungen

Am 12. September 2003 fand eine erste, informelle Arbeitssitzung statt. In der Zeit von 22. November 2003 bis 26. November 2004 hielt Ausschuss 2 dann insgesamt 19 Sitzungen ab.

4. Experten

Ausschuss 2 zog zu Fragen der Strukturierung des österreichischen verfassungsrechtlichen Normenbestandes als ständige Expertin Mag. Andrea Martin (Verfassungsgerichtshof) bei. Darüber hinaus wurde Ministerialrat Dr. Harald Dossi zum Themenbereich „Verfassungsrangige Staatsverträge – Art. 9 und Art. 50 B-VG und verwandte Fragen“ hinzugezogen sowie die Expertenmeinung von Univ.-Prof. Dr. Gabriele Kucsko-Stadlmayer zu „Verfassungsbestimmungen im Universitätsrecht“ eingeholt. Schließlich präsentierten Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek und Univ.-Prof. Dr. Michael Lang eine Expertise zu „Verfassungsregelungen betreffend Vermögenssubstanzsicherung“.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 2 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:

- Teilbericht (12. Mai 2004)
- Bericht (8. Juli 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (3. Dezember 2004)

III. Ausschuss 3 (Staatliche Institutionen)

1. Mitglieder

Ausschuss 3 hatte 16 Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger; Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer war stellvertretende Vorsitzende.

Baumgartner-Gabitzer Ulrike, Dr.

Berger Maria, Dr. (bis 27.8.2004)

Holoubek Michael, Dr. (ab 28.8.2004)

Griessner Ing. Georg (bis 28.4.2004)

Neureiter Michael, MMag. (ab 28.4.2004)

Haider Jörg, Dr.

Hatzl Johann

Holzinger Gerhart, Dr.

Hösele Herwig

Konecny Albrecht

Matzka Manfred, Dr. (bis 20.10.2003)

Kostelka Peter, Dr. (ab 20.10.2003)

Mayer Heinz, DDr.

Mayrhofer Elfriede, Dr. (bis 20.10.2003)

Lengheimer Karl, DDr. (ab 20.10.2003)

Mödlhammer Helmut

Nagl Siegfried, Mag. (bis 6.9.2004)

Linhart Markus, Dipl.-Ing. (ab 7.9.2004)

Petrovic Madeleine, MMag. Dr.

Pfeifenberger Michaela, Dr.

Vögerle Bernd

2. Mandat

Aufbau des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Selbstverwaltung), Wahlen, Verfassungsautonomie, Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Vollziehung unter dem Gesichtspunkt des Legalitätsprinzips sowie der EU-Rechtssetzung.

3. Sitzungen

Ausschuss 3 hielt in der Zeit von 11. September 2003 bis 21. September 2004 insgesamt neun Sitzungen ab.

4. Experten

Ausschuss 3 zog keine weiteren Experten bei.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 3 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:

- Bericht (9. Februar 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (8. Oktober 2004)

IV. Ausschuss 4 (Grundrechtskatalog)

1. Mitglieder

Ausschuss 4 hatte 13 Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte Univ.-Prof. Dr. Bernd-Christian Funk; Dr. Dieter Böhmendorfer übernahm am 9. Juli 2004 von Herbert Scheibner die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Berger Maria, Dr. (bis 27.8.2004)	Holoubek Michael, Dr. (ab 28.8.2004)
Funk Bernd-Christian, Dr.	
Gleixner Christine	
Grabenwarter Christoph, DDr.	
Haupt Herbert, Mag. (ab 21.11.2003)	
Mader Helmut, Ing.	
Rack Reinhard, Dr. (bis 15.9.2004)	Thienel Rudolf, Dr. (ab 16.9.2004)
Rzeszut Johann, Dr.	
Scheibner Herbert (bis 8.7.2004)	Böhmendorfer Dieter, Dr. (ab 9.7.2004)
Stoisits Terezija, Mag.	
Strasser Ernst, Dr. (bis 11.12.2004)	
Tumpel Herbert, Mag.	
Verzetnitsch Friedrich	

2. Mandat

Erarbeitung eines Grundrechtskatalogs (Grundrechte, Bürgerinnen- und Bürgerrechte, Persönlichkeitsschutz) unter Bedachtnahme aller einschlägigen nationalen, internationalen und europäischen Regelungen.

3. Sitzungen

Ausschuss 4 hielt in der Zeit von 1. Oktober 2003 bis 22. November 2004 insgesamt 38 Sitzungen ab.

4. Experten

Ausschuss 4 zog Univ.-Prof. Dr. Franz Merli zum Thema „Grundrechte mit Gesundheits- und Umweltbezug“ sowie Univ.-Prof. Dr. Markus Hengstschläger, Univ.-Prof. DDr. Johannes Huber und Univ.-Prof. DDr. Christian Kopetzki zu „Grundrechtsfragen der Biomedizin“ bei. Zum Themenbereich der sozialen Grundrechte wurden Hon.-Prof. Dr. Josef Cerny, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold, Univ.-Prof. Dr. Walter Schrammel und Hon.-Prof. Dr. Gottfried Winkler gehört; ao.Univ.-Prof. Dr. Dieter Kolonovits wurde zum Thema „Rechte der Volksgruppen“ als Experte beigezogen.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 4 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:

- Bericht (3. Juni 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (22. November 2004)

V. Ausschuss 5 (Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden)

1. Mitglieder

Ausschuss 5 hatte 17 Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte Univ.-Doz. Dr. Peter Bußjäger; MMag. Dr. Madeleine Petrovic als stellvertretende Vorsitzende.

Baumgartner-Gabitzer Ulrike, Dr.

Brauner Renate, Mag. (bis 30.6.2004) Wehsely Sonja, Mag. (ab 1.7.2004)

Bußjäger Peter, Dr.

Funk Bernd-Christian, Dr.

Holzinger Gerhart, Dr.

Konecny Albrecht

Leitl Christoph, Dr.

Öhlinger Theodor, Dr. (ab 21.11.2003)

Petrovic Madeleine, MMag. Dr.

Prior Walter

Pröll Erwin, Dipl.-Ing. Dr.

Pröll Josef, Dipl.-Ing.

Schausberger Dr. Franz (bis 28.4.2004) Burgstaller Gabi, Mag. (ab 28.4.2004)

Scheibner Herbert (bis 8.7.2004) Böhm Peter, Dr. (ab 8.7.2004)

Steinkellner Günther, Mag. (bis 3.9.2003) Egger Dieter (ab 17.9.2003)

Wiederin Ewald, Dr.

Wutte Klaus, Dr. (bis 18.4.2004)

Freunschlag Jörg, Dipl.-Ing.

(ab 19.4.2004)

2. Mandat

Schaffung eines klaren, nach abgerundeten Leistungs- und Verantwortungsbereichen gegliederten Kataloges von Gesetzgebungskompetenzen unter Berücksichtigung der Rechtslage der Europäischen Union.

3. Sitzungen

Ausschuss 5 hielt in der Zeit von 25. September 2003 bis 15. November 2004 insgesamt 19 Sitzungen ab.

4. Experten

Ausschuss 5 zog Univ.-Prof. Dr. Karl Weber als Experten zu Fragen des österreichischen Föderalismus und der Erscheinungsformen des Föderalismus im internationalen Bereich bei.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 5 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:

- Bericht (4. März 2004)
- Teilbericht zu Pkt.I.1 des Ergänzungsmandates (23. Juli 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (5. November 2004)

VI. Ausschuss 6 (Reform der Verwaltung)

1. Mitglieder

Ausschuss 6 hatte 18 Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte bis 21. Juli 2004 Generalsekretär Mag. Werner Wutscher, sein Nachfolger war Sektionschef Dr. Johannes Abentung; Dr. Johannes Schnizer war stellvertretender Vorsitzender.

Gehrer Elisabeth

Häupl Michael, Dr.

Haupt Herbert, Mag.

Jabloner Clemens, Dr.

Klasnic Waltraud
 Leitl Christoph, Dr. (ab 21.11.2003)
 Matzka Manfred, Dr.
 Niessl Hans
 Pfeifenberger Michaela, Dr.
 Pühringer Josef, Dr.
 Raschauer Bernhard, Dr. (ab 21.11.2003)
 Schnizer Johannes, Dr.
 Schüssel Wolfgang, Dr.
 Schwarzböck Rudolf
 Verzetnitsch Friedrich (ab 21.11.2003)
 Vögerle Bernd
 Wittmann Peter, Dr.
 Wutscher Werner, Mag. (bis 20.7.2004) Abentung Johannes, Dr. (ab 21.7.2004)

2. Mandat

Vollzugskompetenzen und Struktur der Organe der Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des effizienten Mitteleinsatzes, der Transparenz, der Bürgerinnen- und Bürgernähe (insbesondere Partizipation) sowie der Entwicklung des E-Government (Strukturen und Ressourcen einschließlich Personal).

3. Sitzungen

Ausschuss 6 hielt in der Zeit von 2. Oktober 2003 bis 16. November 2004 insgesamt 22 Sitzungen ab.

4. Experten

Ausschuss 6 zog als ständigen Experten Dr. Karl Staudinger bei. Darüber hinaus wurde Univ.-Prof. Dr. Rudolf Thienel zum Themenbereich „E-Government/rechtliche Rahmenbedingungen“ beigezogen und die Expertenmeinung von Mag. Christian Rupp zu „E-Government/Vernetzungen und technische Einsatzmöglichkeiten“ eingeholt; sowie jene von WHR Dr. Peter Salinger zu „Stärken und Schwächen der Rahmenbedingungen einer Bezirkshauptmannschaft im Hinblick auf Bürgernähe und Effizienz des Verwaltungshandelns“, von Univ.-Prof. Dr. Erich Wolny zum Themenbereich „Verwaltungsreform und Bundesverfassung“ sowie von Ass.-Prof. Dr. Verena Madner zum Themenbereich „Partizipation“. Außerdem wurden Dr. Karl Satzinger und Dr. Peter Vorhofer (Bundesheerreformkommission) gehört.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 6 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:

- Bericht (23. März 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (16. November 2004)

VII. Ausschuss 7 (Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen)

1. Mitglieder

Ausschuss 7 hatte elf Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte Sektionschef Dr. Manfred Matzka; Univ.-Prof. Dr. Peter Böhm als stellvertretender Vorsitzender.

Böhm Peter, Dr.

Leitl Christoph, Dr.

Matzka Manfred, Dr.

Mayrhofer Elfriede, Dr.

Niessl Hans

Pröll Josef, Dipl.-Ing.

Schausberger Franz, Dr. (bis 28.4.2004) Burgstaller Gabi, Mag. (ab 28.4.2004)

Specht Leo, Dr.

Tumpel Herbert, Mag.

van Staa Herwig, DDr.

Voith Günther, Dr.

2. Mandat

Regulatoren und sonstige unabhängige Behörden, Selbstverwaltung (exkl. Gemeinden), ausgegliederte Rechtsträger und sonstige Privatwirtschaftsverwaltung.

3. Sitzungen

Ausschuss 7 hielt in der Zeit von 6. Oktober 2003 bis 5. Juli 2004 insgesamt zehn Sitzungen ab.

4. Experten

Ausschuss 7 zog Dipl.-Ing. Walter Boltz (Energie-Control GmbH), Dr. Hans-Peter Lehofner (für KommAustria), Dr. Gerhard Fuhrmann (Schienen-Control GmbH), Dr. Leo Windtner (Energie AG Oberösterreich) sowie Mag. Jan Engelberger und Dipl.-

Ing. Romed Karré (beide Verband alternativer Telekom-Netzbetreiber) als Experten zum Thema „Regulatoren“ bei.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 7 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:

- Bericht (16. Februar 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (8. Juli 2004)

VIII. Ausschuss 8 (Demokratische Kontrollen)

1. Mitglieder

Ausschuss 8 hatte zwölf Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte zunächst Volksanwalt Dr. Peter Kostelka; am 28. August 2004 übernahm die Zweite Präsidentin des Nationalrates, Mag. Barbara Prammer, diese Funktion; Professor Herwig Hösele war stellvertretender Vorsitzender.

Dörler Manfred (bis 15.7.2004)	Halder Gebhard (ab 6.10.2004)
Gleixner Christine (bis 20.10.2003)	Strasser Ernst, Dr. (20.10.2003-11.12.2004)
Hatzl Johann	
Hösele Herwig	
Konecny Albrecht	
Kostelka Peter, Dr. (bis 27.8.2004)	Prammer Barbara, Mag. (ab 28.8.2004)
Lichtenberger Evelin, Dr.	
Mader Helmut, Ing.	
Moser Josef, Dr. (ab 20.9.2004)	
Poier Klaus, Dr.	
Prior Walter	
Steinkellner Günther, Mag. (bis 3.9.2003)	Egger Dieter (ab 17.9.2003)

2. Mandat

Einrichtungen einer effizienten und effektiven Kontrolle im Bereich von Bund, Ländern und Gemeinden:

Rechte der Parlamente einschließlich der Minderheitsrechte (z.B. Untersuchungsausschüsse), Rechnungshöfe und Volksanwaltschaften, Frage der Amtsverschwiegenheit, Instrumente der direkten Demokratie.

3. Sitzungen
Ausschuss 8 hielt in der Zeit von 13. November 2003 bis 15. November 2004 insgesamt zwölf Sitzungen ab.
4. Experten
Ausschuss 8 zog keine weiteren Experten bei.
5. Ausschussberichte
Ausschuss 8 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:
 - Bericht (13. Mai 2004)
 - Bericht zum Ergänzungsmandat (19. November 2004)

IX. Ausschuss 9 (Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit)

1. Mitglieder
Ausschuss 9 hatte zwölf Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte Univ.-Prof. Dr. Herbert Haller; Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner war stellvertretender Vorsitzender.

Brauner Renate, Mag. (bis 30.6.2004) Wehsely Sonja, Mag. (ab 1.7.2004)
Funk Bernd-Christian, Dr.
Grabenwarter Christoph, DDr.
Haller Herbert, Dr.
Holzinger Gerhart, Dr.
Jabloner Clemens, Dr.
Korinek Karl, Dr.
Lengheimer Karl, DDr.
Raschauer Bernhard, Dr. (bis 21.11.2003) Gehrler Elisabeth (ab 21.11.2003)
Rzeszut Johann, Dr.
Schnizer Johannes, Dr.
Stoisits Terezija, Mag.
2. Mandat
Einrichtung eines effizienten und effektiven Rechtsschutzes unter dem Gesichtspunkt bürgerinnen- und bürgernaher Entscheidungen:
Ordentliche Gerichtsbarkeit, Gerichtshöfe öffentlichen Rechts, Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Ländern, Sondersenate.

3. Sitzungen

Ausschuss 9 hielt in der Zeit von 31. Oktober 2003 bis 28. Oktober 2004 insgesamt 20 Sitzungen ab.

4. Experten

Ausschuss 9 hörte zum Themenbereich „Ordentliche Gerichtsbarkeit“ folgende Expertinnen und Experten: Dr. Barbara Helige, Dr. Wolfgang Fellner, Dr. Walter Presslauer Dr. Klaus Schröder und Dr. Wolfgang Swoboda; für den Themenbereich „Neukonzeption der Gerichtsorganisation – mögliche Auswirkungen auf die Justizverwaltung“ konnte Dr. Helmut Hubner als Experte gehört werden; zur „Stellung und Bedeutung der Rechtsanwälte“ wurde Dr. Gerhard Benn-Ibler, zur „Stellung und Bedeutung der Notare“ Dr. Bernhard Frizberg gehört; außerdem wurden betr. „Einführung der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit – berufliche Herkunft, Zusammensetzung und Stellung der zukünftigen Richter“ Mag. Gero Schmied und Dr. Hans Linkesch beigezogen.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 9 erstattete dem Präsidium aufgrund des Mandates bzw. aufgrund der Ergänzungen zum Mandat folgende Berichte:

- Bericht (26. März 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (18. November 2004)

X. Ausschuss 10 (Finanzverfassung)

1. Mitglieder

Ausschuss 10 hatte 17 Mitglieder. Als Vorsitzender fungierte Bundesminister Dr. Ernst Strasser; Bürgermeister Bernd Vögerle war stellvertretender Vorsitzender.

Haider Jörg, Dr.

Haller Herbert, Dr.

Häupl Michael, Dr.

Konecny Albrecht (bis 21.11.2003) Schnizer Johannes, Dr. (ab 21.11.2003)

Matzka Manfred, Dr.

Mödlhammer Helmut

Moser Josef, Dr. (ab 20.9.2004)

Niessl Hans

Petrovic Madeleine, MMag. Dr.

Pröll Erwin, Dipl.-Ing. Dr.

Pühringer Josef, Dr.
Sausgruber Herbert, Dr.
Schüssel Wolfgang, Dr.
Strasser Ernst, Dr. (bis 11.12.2004)
van Staa Herwig, DDr.
Vögerle Bernd
Wittmann Peter, Dr.

2. Mandat

Reform der Finanzverfassung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung und eines bedarfsgerechten Finanzausgleichs.

3. Sitzungen

Ausschuss 10 hielt in der Zeit von 25. Februar 2004 bis 30. November 2004 insgesamt zwölf Sitzungen ab.

4. Experten

Im Ausschuss 10 wurden folgende Expertinnen und Experten gehört:

- Univ.-Prof. DDr. Hans-Georg Ruppe zur Systematisierung der Finanzverfassung, Konsultationsmechanismus und Stabilitätspakt sowie Konfliktregelungsmechanismen;
- Hon.-Prof. Dkfm. Dr. Gerhard Lehner zur Verteilung der Abgaben, insbesondere Darstellung der Transfers; Haushaltswesen, insbesondere Finanzstatistik und Kostenrechnung;
- Univ.-Prof. Mag. Wilfried Schönbeck zur Erteilung von Auskünften betreffend finanzwirtschaftliche Fragen und Darstellung der Aufteilung der bestehenden Finanzmasse;
- Hon.-Prof. Dkfm. Dr. Helfried Bauer zu Umlagen und Transfers zwischen Ländern und Gemeinden – Präsentation der Studie: „Gemeinden im Netz der intragovernmentalen Transferbeziehungen“;
- Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch zur Öffentlichen Finanzwirtschaft, insbesondere Stabilisierung der öffentlichen Haushalte;
- Dr. Elisabeth Klatzer zum Thema Gender Budgeting.

5. Ausschussberichte

Ausschuss 10 erstattete dem Präsidium folgende Berichte:

- Bericht (15. Juli 2004)
- Bericht zum Ergänzungsmandat (30. November 2004)

XI. Gemeinsame Beratungsgruppe der Ausschüsse 6 und 7

Die Ausschüsse 6 und 7 wurden beauftragt, gemeinsam Fragen einerseits betreffend Weisungsbindung und andererseits betreffend Ausgliederungen zu behandeln.

1. Mitglieder

Die Gemeinsame Beratungsgruppe der Ausschüsse 6 und 7 hatte elf Mitglieder aus dem Kreis der Ausschussmitglieder der beiden Ausschüsse. Die Arbeiten wurden von Sektionschef Dr. Johannes Abentung und Sektionschef Dr. Manfred Matzka koordiniert.

Abentung Johannes, Dr.

Burgstaller Gabi, Mag.

Jabloner Clemens, Dr.

Leitl Christoph, Dr.

Matzka Manfred, Dr.

Pröll Josef, Dipl.-Ing.

Pühringer Josef, Dr.

Raschauer Bernhard, Dr.

Schnizer Johannes, Dr.

Schüssel Wolfgang, Dr.

Tumpel Herbert, Mag.

2. Sitzungen

Die Gemeinsame Beratungsgruppe hielt in der Zeit von 16. Juli 2004 bis 29. September 2004 drei Sitzungen ab.

3. Bericht

– Bericht (27. Oktober 2004)

G. Expertengruppe des Präsidiums

Am 28. Juni 2004 beauftragte das Präsidium (gem. § 20 der Geschäftsordnung des Österreich-Konvents) eine Expertengruppe mit dem Thema „Handlungsformen und Rechtsschutz in der öffentlichen Verwaltung“.

Konkret beschäftigte sich die Expertengruppe mit der Einführung des öffentlich-rechtlichen Vertrags, sonstigen Typen des Verwaltungshandelns (z.B. Ziel- oder Leistungsvereinbarungen, handelbare Zertifikate, Warnungen und ähnliches) und der Abgrenzung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht, insbesondere hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenz.

Darüber hinaus wurde der Rechtsschutz (unter Berücksichtigung einer Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit 1. Instanz) entlang folgender Fragen thematisiert: Aufgabe des Typenzwangs, Einführung eines allgemeinen Verwaltungsaktes oder Typenfestlegung durch den einfachen Gesetzgeber als Anknüpfungspunkt für den Rechtsschutz und Einführung neuer Rechtsschutzinstrumente (z.B. Urteilsklage, Leistungsklage, einstweilige Verfügung).

I. Mitglieder

Die Expertengruppe hatte sechs Mitglieder. Die Arbeiten wurden von Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek koordiniert.

- Holoubek Michael, Dr. Univ.Prof., Wirtschaftsuniversität Wien
- Merli Franz, Dr. Univ.-Prof., Technische Universität Dresden
- Pesendorfer Eduard, Dr., Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
- Schnizer Johannes, Dr., Parlamentsklub SPÖ
- Schramm Alfred, Dr. Univ.-Ass., Wirtschaftsuniversität Wien
- Thienel Rudolf, Dr. Univ.-Prof., Universität Wien

II. Sitzungen

Die Expertengruppe hielt in der Zeit von 19. August 2004 bis 22. September 2004 zwei Sitzungen ab.

III. Bericht

Die Expertengruppe legte am 10. Oktober 2004 ihren Bericht dem Präsidium vor.

H. Hearings

Der Konvent hat in drei Sitzungen Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen eingeladen, ihre Vorstellungen zu präsentieren. Die im Zuge der Hearings gemachten Vorschläge wurden in der Folge in der Arbeit des Konvents bedacht.

5. Sitzung – 21. November 2003

Anhörung (Hearing) von Vertreterinnen und Vertretern aus insgesamt 41 gesellschaftlichen Organisationen:

- aus dem Bereich „Jugend“
 - Bundesschülervertretung
 - Evangelische Jugend
 - Junge ÖVP
 - Katholische Jugend
 - Österreichische Gewerkschaftsjugend
 - Österreichische Hochschülerschaft
 - Ring Freiheitlicher Jugend
 - Sozialistische Jugend
 - Katholische Jungschar
 - Naturfreundejugend
- aus dem Bereich „Frauen“
 - SPÖ-Frauen
 - FPÖ-Frauen
 - Österreichische Frauenbewegung, ÖVP
 - GRÜNEN-Frauenorganisation
 - Österreichischer Frauenring
- aus dem Bereich „Senioren“
 - Pensionistenverband Österreichs
 - Österreichischer Seniorenbund
 - Österreichischer Seniorenring
 - Zentralverband der Pensionisten Österreichs
- aus dem Bereich gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften
 - Katholische Kirche
 - Evangelische Kirche A.B.
 - Evangelische Kirche H.B.
 - Altkatholische Kirche
 - Armenisch-apostolische Kirche in Österreich
 - Griechisch-orientalische Kirche

- Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich
- Israelitische Kultusgemeinde Wien
- Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen)
- Methodistenkirche in Österreich
- Neuapostolische Kirche in Österreich
- Österreichische Buddhistische Religionsgemeinschaft
- Syrisch-Orthodoxe Kirche in Österreich
- Koptisch-Orthodoxe Kirche in Österreich
- aus dem Bereich „Volksgruppen“
 - kroatische Volksgruppe
 - slowenische Volksgruppe
 - ungarische Volksgruppe
 - tschechische Volksgruppe
 - slowakische Volksgruppe
 - Volksgruppe der Roma
- aus dem Bereich „Menschenrechtsorganisationen“
 - Österreichische Liga für Menschenrechte
 - Amnesty International Österreich

6. Sitzung – 15. Dezember 2003

Anhörung (Hearing) von Vertreterinnen und Vertretern aus insgesamt 27 gesellschaftlichen Organisationen:

- aus dem Bereich „Soziales“
 - Armutskonferenz
 - Caritas Österreich
 - Diakonie Österreich
 - Österreichisches Hilfswerk
 - Licht ins Dunkel
 - ArGe Selbsthilfe Österreich
 - SOS Mitmensch
 - der/die Bevollmächtigte für das „Sozialstaats-Volksbegehren“
 - Volkshilfe Österreich
- aus dem Bereich „Menschen mit Behinderungen“
 - der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation
 - des Österreichischen Zivil-Invalidenverbandes
- aus dem Bereich „Minderheiten“
 - ARGE MigrantInnenberatung Österreich
 - Integrationskonferenz Wien

- Auslandsösterreicher-Weltbund
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
- Südtiroler Heimatbund
- Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs
- Hosi Wien (Homosexuellen Initiative)
- Rechtskomitee Lambda
- aus dem Bereich „Umwelt“
 - Ökobüro
 - Umweltdachverband
 - Bevollmächtigte/r für das „Tierschutz-Volksbegehren“
- aus dem Bereich „Sport“
 - ASKÖ (Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich)
 - ASVÖ (Allgemeiner Sportverband Österreich)
 - Österreichischer Behindertensportverband
 - ÖTB (Österreichischer Turnerbund)
 - Sportunion Österreich

7. Sitzung – 26. Jänner 2004

Anhörung (Hearing) von Vertreterinnen und Vertretern aus insgesamt 58 gesellschaftlichen Organisationen:

- aus dem Bereich „Wissenschaft“
 - Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft
 - Österreichische Akademie der Wissenschaften
 - Österreichische Rektorenkonferenz
 - UniversitätslehrerInnenverband
 - Verband der Lektoren, Bundeslehrer und Lehrbeauftragten an den Universitäten und Hochschulen Österreichs (Lektorenverband)
 - Österreichischen HochschülerInnenschaft
 - Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
 - Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft
 - Österreichische Forschungsgemeinschaft
 - vier von Mitgliedern des Präsidiums des Konvents nominierte Vertreter/Vertreterinnen
- aus dem Bereich „Bildung“
 - Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen
 - Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs
 - Österreichische Fachhochschul-Konferenz
 - Österreichischer Fachhochschulrat
 - Bundesverband der Elternvereinigungen an mittleren und höheren Schulen Österreichs
 - Österreichischer Verband der Elternvereine an Pflichtschulen

- Bundesschülervertretung
- Bundeslehrer (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst)
- aus dem Bereich „Kultur“
 - Österreichische Kulturpolitische Kommission
 - Bund der österreichischen Trachten- und Heimatverbände
 - IG Kultur Österreich
 - Kunstsenat
 - Österreichischer P.E.N.-Club
- aus dem Bereich „Medien“
 - Dachverband der freien Radios
 - Journalistengewerkschaft
 - ORF-Publikumsrat
 - Stiftungsrat des ORF
 - Verband der österreichischen Privatsender
 - Verband der Regionalmedien Österreichs
 - Verband Österreichischer Zeitungen
- aus dem Bereich „Familie“
 - Freiheitlicher Familienverband Österreich
 - Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie
 - Katholischer Familienverband Österreichs
 - Kinderfreunde Österreich
 - Österreichischer Familienbund
 - Österreichische Plattform für Alleinerziehende
- aus dem Bereich „Friedensorganisationen (einschließlich Landesverteidigung)“
 - International Institute for Peace
 - Österreichische Friedensdienste
 - Österreichische Kommission Justitia et Pax
 - Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
 - Verein Plattform für Zivildienst
 - Bundesvereinigung der Milizverbände
 - Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik
 - Österreichische Offiziersgesellschaft
 - Österreichische Unteroffiziersgesellschaft
- aus dem Bereich „Rettungsorganisationen“
 - Arbeiter-Samariter-Bund Österreich
 - Österreichischer Bergrettungsdienst
 - Österreichischer Bundesfeuerwehrverband
 - Österreichisches Rotes Kreuz
 - Österreichische Wasser-Rettung
- aus dem Bereich „Verkehrsclubs“
 - Automobil-, Motor- und Radfahrerbund Österreich (ARBÖ)
 - Österreichischer Automobil-, Motorrad- und Touring-Club (ÖAMTC)

- Verkehrsclub Österreich (VCÖ)
- aus dem Bereich „Bürger-/ Zivilgesellschaft“
 - Kiwanis International – Distrikt Österreich
 - Lions Österreich
 - Rotary Österreich
 - Großloge von Österreich
 - Soroptimist International – Österreichische Union
 - Zonta International

J. Positionspapiere

An den Österreich-Konvent wurden während seiner Tätigkeit von – mehrheitlich nicht in die Arbeit des Konvents direkt eingebundenen – Organisationen und Einzelpersonen Positionen herangetragen – insgesamt waren es 211 Positionspapiere, die Vorschläge, Anregungen, Fragen etc. zu allen Themen des Österreich-Konvents beinhalten.

Im Folgenden findet sich eine alphabetische Liste der einbringenden Organisationen. Positionspapiere von Einzelpersonen wurden alle unter „P“ für Positionspapier und unter Nennung des Namens aufgenommen.

Diese Eingaben wurden auf der Website des Österreich-Konvents veröffentlicht sowie an die Mitglieder des Präsidiums bzw. die Vorsitzenden der sachlich in Betracht kommenden Ausschüsse weitergeleitet, wodurch sie in die Beratungen bzw. Vorberatungen einbezogen werden konnten.

- A
 - AK Oberösterreich
 - AK Salzburg
 - AK Wien
 - Allgemeiner Sportverband Österreichs
 - Allianz für den Freien Sonntag Österreich
 - Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs
 - Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreichs
 - ArGe Selbsthilfe Österreich
 - ARGE-MigrantInnen Österreich
 - Armutskonferenz
 - Auslandsösterreicher-Weltbund (2 Positionspapiere)

- B
 - Bundesarbeitskammer (2 Positionspapiere)
 - Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik Mureck
 - Bundesjugendvertretung
 - Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten
 - Bundeslehrer in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
 - Bundesminister für Landesverteidigung, Günter Platter
 - Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
 - Bundesministerium für Gesundheit und Frauen
 - Bundesministerium für Inneres
 - Bundesministerium für Justiz

- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
Bundesverband der Elternvereinigungen an Mittleren und Höheren Schulen Österreichs
Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinde Österreichs
Bundesvereinigung der Milizverbände
Bürgerakademie. Schule für freie Menschen
- C Caritas Österreich
Christliche Betriebsgemeinde Voest
- D Diakonie
Diözesankomitee der Katholischen Organisationen Steiermarks
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
- E Einheitsliste – Enotna lista
Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen
- F Fachhochschulrat
Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF)
Freidenkerbund
Freiheitlicher Familienverband Österreichs
- G Gemeindebund (2 Positionspapiere)
Gemeindebund und Städtebund
Gewerkschaft öffentlicher Dienst
Greenpeace
- H Hauptverband der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen Österreichs
Homosexuellen Initiative Wien
- I IG-Kultur Österreich
Industriellenvereinigung (4 Positionspapiere)
Initiative für mehr direkte Demokratie
Institut für Ehe und Familie
Institut für Statistik, Wirtschaftsuniversität Wien und ec3-Electronic Commerce Competence Center Wien
Internationales Institut für den Frieden, Wien
- K Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten
Kammer der Wirtschaftstreuhänder (2 Positionspapiere)

- Katholischer Familienverband Österreichs
 - Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage
 - Kirchenleitungen der neun anerkannten christlichen Kirchen
 - Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (2 Positionspapiere)
 - Kroatischer Kulturverein
 - Kulturrat Österreich (2 Positionspapiere)
- L
- Land Kärnten, Erster Präsident des Kärntner Landtages Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag
 - Land Niederösterreich, Landtagspräsident Mag. Edmund Freibauer (2 Positionspapiere)
 - Land Oberösterreich (2 Positionspapiere)
 - Land Salzburg, Landtagspräsident Ing. Georg Griessner
 - Land Salzburg zur Stellung des Rechnungshofes sowie Reaktion des Präsidenten des Österreich-Konvents, Dr. Franz Fiedler
 - Landeshauptleutekonferenz
 - Landeskontrollenrichtungen
 - Landtagspräsidentenkonferenz (4 Positionspapiere)
 - Licht ins Dunkel
 - Linzer Gemeinderat (3 Positionspapiere)
 - Lions Club International
- N
- Naturfreunde
 - Neuapostolische Kirche
 - Nova Europa
- Ö
- Ökobüro
 - Ökumenische Expertengruppe (5 Positionspapiere)
 - Österreichische Apothekerkammer
 - Österreichische Ärztekammer
 - Österreichische Bischofskonferenz
 - Österreichische Bundes-Sportorganisation
 - Österreichische Fachhochschulkonferenz
 - Österreichische Forschungsgemeinschaft
 - Österreichische Friedensdienste
 - Österreichische Gesellschaft für Denkmal- und Ortsbildpflege
 - Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik
 - Österreichische Liga für Menschenrechte
 - Österreichische Notariatskammer (2 Positionspapiere)
 - Österreichische Offiziersgesellschaft
 - Österreichische Plattform für Alleinerziehende
 - Österreichische Rektorenkonferenz

Österreichische Schülerunion
 Österreichische Statistische Gesellschaft
 Österreichische Tierärztekammer
 Österreichische Trachten- und Heimatverbände
 Österreichische Unteroffiziersgesellschaft
 Österreichische Volksgruppen
 Österreichischer Akademikerbund
 Österreichischer Alpenverein
 Österreichischer Bundesfeuerwehrverband
 Österreichischer Bundesverband diplomierter SozialarbeiterInnen
 Österreichischer Cartellverband (2 Positionspapiere)
 Österreichischer Frauenring (2 Positionspapiere)
 Österreichischer Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer Österreich
 Österreichischer Kunstsenat
 Österreichischer Rechtsanwaltskammertag (3 Positionspapiere)
 Österreichischer Seniorenring (2 Positionspapiere)
 Österreichischer Turnerbund
 Österreichisches Rotes Kreuz
 Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
 Österreichisches Volksgruppenzentrum (3 Positionspapiere)

- P Parlamentarische Bundesheerbeschwerdekommission
- Pavel-Haus/Pavlova hisa
 - Plattform Kinderwahlrecht
 - Polizeijuristenvereinigung
 - Positionspapier Blaas W.
 - Positionspapier Brauneder W.
 - Positionspapier Dutter R. und W. Wertz
 - Positionspapier Funk B.-C. und Grabenwarter C.
 - Positionspapier Geroldinger J.
 - Positionspapier Grabenwarter C.
 - Positionspapier Greiter I.
 - Positionspapier Haas F.
 - Positionspapier Hösele H.
 - Positionspapier Josika P.
 - Positionspapier Kramer H.
 - Positionspapier Marinell G.
 - Positionspapier Moser C. und W.
 - Positionspapier Richter J.
 - Positionspapier Riemerschmid W.

- Positionspapier Schäffer H.
 - Positionspapier Schneider F.
 - Positionspapier Spitzer A.
 - Positionspapier Stronach F.
 - Positionspapier Thormann A.-J.
 - Positionspapier Unger M.
 - Positionspapier Van der Bellen A.
 - Positionspapier Viertl R.
 - Positionspapier Weissenbacher E.
 - Positionspapier Wimpissinger H.
 - Positionspapier Wresounig F.
 - Positionspapier Zehethofer G.
- R Rat der Kärntner Slowenen (3 Positionspapiere)
Rechnungshof gemeinsam mit Landes Kontrolleinrichtungen
Rechnungshof
Rechtskomitee Lambda
- S Salzburger Landtag
Soroptimist International Union der Österreichischen Clubs
SOS Mitmensch
SPÖ-Salzburger Landespartei
SPÖ-Urfahr-Umgebung
Staatsschuldenausschuss
Städtebund (6 Positionspapiere)
Stadtgemeinde Gallneukirchen
Statistikrat
Stellungnahme OLG-Präsidenten zur Gerichtsorganisation (12/2003)
Südtiroler Heimatbund (2 Positionspapiere)
- T Tierschutz-Volksbegehren 1996
- U Umweltdachverband (3 Positionspapiere)
UniversitätslehrerInnenverband
- V VCÖ
Verband der Regionalmedien Österreichs
Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs
Verband Österreichischer Privatsender
Verband Österreichischer Zeitungen

Verein österreichischer Juristinnen

Vereinigung der Mitglieder der Unabhängigen Verwaltungssenate

Vereinigung der österreichischen Richter und Bundessektion der Richter und Staatsanwälte in der GÖD

Vereinigung österreichischer Staatsanwälte

W Wiener Akademikerbund

Wiener Gemeinderat

Wiener Integrationskonferenz

Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie

Wiener Landtag

Wirtschaftskammer

K. Büro des Österreich-Konvents

Das zur Führung der Geschäfte des Österreich-Konvents eingerichtete Büro setzte sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

I. Geschäftsführung

- Ministerialrat Mag. Karl Wollrab (bis 30. November 2003)
- Ministerialrätin Dr. Edith Goldeband (ab 1. Dezember 2003)

II. Ausschussbetreuung

- Ministerialrat Mag. Michael Bauer (Ausschuss 6: Reform der Verwaltung; als auch: Gemeinsame Beratungsgruppe der Ausschüsse 6 und 7)
- Mag. Birgit Caesar (Ausschuss 4: Grundrechtskatalog)
- Oberrätin Dr. Renate Casetti (Ausschuss 1: Staatsaufgaben und Staatsziele)
- Hofrat Dr. Gerald Grabensteiner (Ausschuss 7: Struktur besonderer Verwaltungseinrichtungen; als auch: Expertengruppe des Präsidiums)
- MMag. Dr. Claudia Kroneder-Partisch (Ausschuss 5: Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden)
- Dr. Clemens Mayr (Ausschuss 3: Staatliche Institutionen)
- Hofrat Dr. Karl Megner, MAS (Ausschuss 2: Legistische Strukturfragen)
- Parlamentsrätin Dr. Ingrid Moser (Ausschuss 8: Demokratische Kontrollen)
- Richter Dr. Gert Schernthanner (Ausschuss 9: Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit)
- Oberrat Dr. Eduard Trimmel (Ausschuss 10: Finanzverfassung)

III. Öffentlichkeitsarbeit

1. Leitung
 - Ministerialrätin Dr. Edith Goldeband
2. Mitarbeiterinnen:
 - Mag. Barbara Blümel, MAS
 - Mag. Dagmar Hartl
 - Mag. Irene Spreitzer

IV. Sekretariat

1. Leitung
 - Elke-Christina Harold
 - Ulrike Gsöllpointner (Stellvertreterin; bis 30. September 2004)
 - Birgit Mayerhofer (Stellvertreterin; seit 1. Oktober 2004)

2. Mitarbeiterinnen
 - Valentina Ashurov
 - Brigitte Birkner
 - Cigdem Gözel
 - Sladjana Marinkovic
 - Monika Siller
 - Sabrina Vlk

V. EDV-Betreuung

1. im Büro des Österreich-Konvents
 - Alexander Francva
 - Rudolf Schellhorn

2. in der Parlamentsdirektion (Website)
 - Mag. Alexander Göbl
 - Ing. Gerhard Horecky
 - Dipl.-Ing. Manfred Jakober
 - Renate Kordik
 - Dkfm. Gabriele Reichelt
 - Dieter Weisser

VI. Website des Österreich-Konvents

Die Website des Österreich-Konvents ist unter www.konvent.gv.at im Internet auch nach dem Ende des Konvents abrufbar. Die Materialien des Österreich-Konvents sind über diese Seite zugänglich. Das betrifft die Unterlagen des Präsidiums, der Ausschüsse als auch der Plenarsitzungen. Außerdem sind alle Positionspapiere im Volltext abrufbar. Schließlich wird auch der „Bericht des Österreich-Konvents“ über diese Seite zugänglich sein.

Damit die Materialien des Österreich-Konvents auch weiterhin für die Öffentlichkeit leicht zugänglich sind, bilden diese die Basis der neu geschaffenen „Quellensammlung Verfassungsreform“. Die Quellensammlung enthält darüber hinaus aber auch Unterlagen, die helfen, den Prozess der Verfassungsreform in einen weiteren gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und historischen Kontext einzuordnen. Die Quellensammlung wird im Jänner 2005 starten und in den Folgemonaten stetig anwachsen. Abrufbar wird sie über die Website des österreichischen Parlaments unter www.parlament.gv.at sein.